

## **Rede von KPL-Präsident Ali Ruckert zum Neujahrsempfang der KPL, am 31. Januar 2025 in Niederkorn**

*Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,*

Seit unserem Neujahrsempfang im vergangenen Jahr wurde die Welt nicht gerechter, die Ausbeutung wurde generell nicht geringer, die gesellschaftlichen Probleme wurden größer, auch in den Bereichen der materiellen, sozialen und gesundheitlichen Absicherung der schaffenden Menschen, die Zerstörung der Natur wurde fortgesetzt, die Klimafrage spitzte sich zu, brutale Kriege bestimmten einen Großteil der Aktualität und die Flüchtlingsströme reißen nicht ab.

### **Die Krise des Kapitalismus**

Die Krise des Kapitalismus nahm in vielen Ländern und Bereichen immer schärfere Formen an, sie wurde tiefer. Doch wenn wir von der Krise sprechen, dann sind das in Wirklichkeit viele sozialen, wirtschaftlichen, politischen, ökologischen und gesellschaftlichen Krisen, vor die wir uns gestellt sehen. Es zeigt sich, dass das kapitalistische System nicht in der Lage ist, die immer größeren Probleme, vor die sich die Schaffenden und die Menschheit insgesamt gestellt sehen, zu lösen. Es wäre dringend eine Kurskorrektur notwendig, aber die wird bis heute mit allen Mitteln verhindert, weil sie im Widerspruch steht zu den Interessen der großen Konzerne und Finanzgesellschaften, die das Rückgrat des Kapitalismus bilden und große wirtschaftliche und politische Macht haben.

Ich verrate ganz gewiss kein Geheimnis, wenn ich hier daran erinnere, dass die KPL den Kapitalismus, der auf der Grundlage der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen funktioniert, grundsätzlich ablehnt, und dass ein kommunistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gebraucht wird, das nicht dem Profitstreben einer kleinen Minorität dient, sondern wo der Mensch vor dem Profit steht, die großen Betriebe und Banken dem Volk gehören und Gleichheit, Brüderlichkeit, Freiheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit keine Schlagworte sind, sondern dazu dienen, die Bedürfnisse der großen Mehrheit des Volkes zu erfüllen und die Welt für uns und die zukünftigen Generationen lebenswert zu machen. Ein solches Gesellschaftssystem wird heute mehr denn je gebraucht, auch wenn ein erster Anlauf dazu in Europa scheiterte.

Daher auch unsere Unterstützung für die Länder und kommunistischen Parteien, die versuchen – gestützt auf unsere gemeinsame marxistische Weltanschauung, deren Grundlagen von Karl Marx und Friedrich Engels gelegt und von Lenin und anderen Marxisten weiterentwickelt wurde – unter den spezifischen und oft schwierigen Bedingungen und aufgrund ihrer historischen

Erfahrungen im eigenen Land einen sozialistischen Entwicklungsweg einzuschlagen, in so unterschiedlichen Ländern wie Kuba, Vietnam und China.

## **Die Kriege**

Besonders schrecklich sind die vielen Kriege mit denen wir es heute in der Welt zu tun haben, und die in erster Linie das schaffende Volk, die Frauen und Kinder treffen, wie das zum Beispiel im Gaza-Streifen der Fall ist, wo mehr als zwei Drittel der Menschen, die von der israelischen Armee ermordet wurden, Frauen und Kinder sind.

Die KPL beteiligte sich im vergangenen Jahr und bis heute praktisch an allen Manifestationen, vom »Comité pour une Paix Juste au Proche-Orient« und weiteren Solidaritätsvereinigungen in Luxemburg gegen den Völkermord im Gazastreifen organisiert wurden.

Wie in der Vergangenheit setzt sich die KPL auch heute für einen zeitlich unbegrenzten Waffenstillstand und ein Ende der Unterdrückung der Palästinenser durch die israelische Kolonialmacht, die von den USA beschützt wird, sich an keine UNO-Resolutionen hält, und mit dem Ausbau der israelischen Kolonien in den besetzten palästinensischen Gebieten fortfährt. Die Zeit ist gekommen, dass Israel sich aus allen besetzten palästinensischen Gebieten, dem Libanon und Syrien zurückziehen müsste, aber die rechtsextremen Minister in der Regierung Netanjahu wollen sogar den gesamten Gazastreifen annektieren und alle Palästinenser in die Nachbarländer umsiedeln, wie das auch der neue USA-Präsidenten vertritt.

Weil es immer wieder Zeitgenossen gibt, die sich der Keule des Antisemitismus bedienen, um jegliche Kritik an Israel zu unterbinden, will ich hier noch einmal daran erinnern, dass die KPL weder das israelische Volk und erst recht nicht die Juden im Allgemeinen mit der rechtsextremen israelischen Regierung und der israelischen Kolonialmacht gleichsetzt, sondern auf einer Linie mit der israelischen Kommunistischen Partei und der israelischen Friedensbewegung, Frieden und ein Ende der israelischen Unterdrückungspolitik fordert. In unseren Augen müssten sofort und ohne Vorbedingungen alle israelischen Geiseln der Hamas und die Tausenden palästinensischen Bürger, von denen sehr viele ohne Anklage in israelischen Gefängnissen festgehalten werden, freikommen.

Auch was den Krieg in der Ukraine angeht, hatte die KPL von Anbeginn eine klare Haltung, welche allerdings systematisch von ihren politischen Gegnern und von den Medien unterschlagen wurde. Die KPL forderte ab dem 1. Tag des Krieges, dass die Kriegshandlungen ruhen sollten und am Verhandlungstisch Lösungen gefunden werden sollten, welche Sicherheitsinteressen aller Seiten berücksichtigen müssten.

Die Kommunisten machten allerdings auch deutlich, dass dieser Krieg ein Resultat davon ist, dass die NATO sich immer mehr nach Osten und bis zur russischen Grenze ausbreitete, und dass die Regierung mit faschistischer Beteiligung im Jahr 2014 in Kiew einen blutigen Krieg gegen die eigene Bevölkerung im Osten der Ukraine führte und, in Übereinstimmung mit den USA und europäischen NATO-Staaten jegliche Lösungen am Verhandlungstisch, welche Russland anstrebte, ablehnte.

Weil die KPL an diese Vorgeschichte des Krieges erinnerte und sich auch gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aussprach und den Friedensplan Chinas für einen direkten Waffenstillstand in der Ukraine und Friedensverhandlungen einsetzte, wurde sie und wird sie bis heute ausgegrenzt.

Wenn man heute für Frieden ist, wird man automatisch als »Putin-Versteher« hingestellt und in die rechte Ecke gedrückt. Doch wir geben uns nicht geschlagen und sind stolz seit einem halben Jahrhundert Teil der Friedensbewegung zu sein, der allerdings viele, angefangen bei den Grünen und der LSAP den Rücken kehrten und ins Lager der Kriegstreiber der NATO wechselten, deren Präsident des Militärausschusses, Rob Bauer, anlässlich des NATO-Gipfels in Prag im November 2024 sagte, dass die NATO-Truppen schon längst in der Ukraine wären, hätten die Russen keine Atomwaffen.

Ob die neue Trump-Administration in den USA, die in vielem reaktionär und chauvinistisch ist, tatsächlich dazu beitragen wird, dass der Krieg in der Ukraine schnell zu Ende kommen wird, bleibt abzuwarten.

## **Luxemburg**

Vor einem Jahr wiesen wir während des Neujahrsempfangs der KPL daraufhin, dass vieles auf die schaffenden Menschen zukommen werde, und es erforderlich wäre, dass sie sich, unabhängig davon ob sie in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Sektor arbeiten würden, und unabhängig von ihrer gewerkschaftlichen und parteipolitischen Zugehörigkeit oder ihres sozialen Engagements zusammentun müssten, wenn es darum gehe, Verschlechterungen zu verhindern oder Verbesserungen durchzusetzen.

Die KPL will gar nicht abstreiten, dass die CSV/DP-Regierung eine Reihe Verbesserungen im Sozialbereich verwirklichte, darunter eine Bereinigung der Steuertabelle von mehreren Indexranchen, eine Erhöhung der Teuerungszulage und der Energieprämie, eine minimale Anpassung des Mindestlohnes und eine teilweise steuerliche Entlastung der Alleinerziehenden. Doch das alles führt nicht dazu, dass Ungleichheiten und Armut deutlich kleiner werden und die Wohnungsnot zurückgeht. Die Regierung gab wohl mit einer

Hand, nahm aber schnell mit der anderen Hand zurück, zum Beispiel dadurch, dass der Energiedeckel weitgehend abgeschafft wurde.

Weitaus schlimmer war, dass die Regierung einen Frontalangriff auf die gewerkschaftlichen Rechte startete, das Kollektivvertragsgesetz verwässern will, die Arbeitszeiten im Einzelhandel auf Kosten von 50.000 Beschäftigten vollständig liberalisieren will und einen Angriff auf das öffentliche Rentensystem vorbereitet.

Das geschieht alles im Interesse des Patronats, doch keiner der Regierungsvertreter könnte sich heute hinstellen und zugeben, dass die angestrebte Demontage im arbeitsrechtlichen und sozialen Bereich tatsächlich gedacht ist, um die Forderungen des Patronats zu erfüllen. Würde ein Minister das tun, hätte er in den Augen der schaffenden Menschen schnell jede Glaubwürdigkeit verloren, da bisher alle Regierungen so taten als seien sie »neutral«. Ihre Aufgabe sei es, im »nationalen Interesse« auf einen Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital hinzuarbeiten, sagen sie.

Die Wirklichkeit ist allerdings eine andere, und wenn von Seiten der Herrschenden versucht wird, eine ideologische Nebelwand aufrecht zu erhalten, mit der verhindert werden soll, dass erkannt wird, dass die eigentliche Aufgabe der Regierung darin besteht, zu verschleiern, dass sie da ist, um die bestehenden Ausbeutungsverhältnisse aufrecht zu erhalten und sicherzustellen, dass sie sich immer wieder reproduzieren.

In Krisenzeiten ist das komplizierter, da urplötzlich Modelle, die entwickelt wurden, um die Schaffenden und Gewerkschaften im System einzubinden, nicht mehr so reibungslos funktionieren wie vorher, insbesondere dann, wenn das Patronat aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung Angst hat, dass die vorigen Renditen nicht mehr zu halten sein werden.

Das hat in der Regel nur wenig mit einer ausgeprägten Raffgier von einzelnen Unternehmern zu tun, sondern damit, dass die Ausbeutungsbedingungen sich generell verändert haben, auch dadurch, dass das Finanzkapital die Betriebe im Industrie- und im Dienstleistungsbereich immer stärker unter Druck setzt, sei es, dass die Kreditbedingungen für Betriebe verschärft wurden, oder von den Betrieben, in denen Banken und Finanzgesellschaften Aktionär sind, kurzfristig eine höhere Rendite gefordert wird. Um dem entgegenzuwirken, versuchen Unternehmer sich anzupassen, indem sie die negativen Folgen dieser Entwicklung und der Wirtschaftskrise auf die schaffenden Menschen abzuwälzen.

So funktioniert Klassenkampf von oben, auch wenn manch einer zu glauben meint, den gäbe es gar nicht.

Ausdruck des Klassenkampfes von oben ist auch, dass versucht wird, die Löhne und die Lohnnebenkosten im Vergleich zur Produktivitätsentwicklung nach unten zu drücken, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und Arbeitszeitmodelle im Betrieb zu entwickeln, die von Vorteil für das Patronat sind. Hinzu kommt, dass die Regierung in Aktion tritt, um den rechtlichen Kader so anzupassen, dass er den Profiterwartungen des Kapitals möglichst gerecht wird.

Die von der Regierung geplante Demontage des Kollektivvertragswesens, die angestrebte vollständige Liberalisierung der Arbeitszeiten im Einzelhandel, einschließlich des Achtstunden-Sonntag, und die geplanten langfristig angelegten Verschlechterungen im öffentlichen Rentensystem tendieren allesamt in die gleiche Richtung.

Wenn das nicht verhindert wird, werden die schaffenden Menschen und die Gewerkschaften die Verlierer im nächsten Jahrzehnt sein. Sie haben daher jedweden Grund, konsequent und ohne Rücksicht auf Patronatsgejammer, Erpressungsversuche durch die Regierung oder irgendwelche »Modelle« ihre Interessen zu verteidigen, und den geeigneten Mitteln zu greifen, die sie ihrem Ziel näherbringen, angefangen bei Diskussionen und Verhandlungen, über Demonstrationen, bis hin zu Arbeitsniederlegungen und einem Generalstreik.

Auch wenn das bekannt sein dürfte, will ich hier wiederholen, dass die Kommunistische Partei die Gewerkschaften auf diesem Weg unterstützt und die Gewerkschaftsfront auch in Zukunft unterstützen wird.

## **Die KPL**

Der Widerstand gegen soziale und arbeitsrechtliche Verschlechterungen wird im Jahr 2025 einen Großteil der Aktivitäten der KPL bestimmen, neben Initiativen gegen Rechtsextremismus und Faschismus und Aktionen gegen Militärdienst und Aufrüstung, ein Thema, das bereits von Alain Herman angesprochen wurde.

Parallel dazu werden wir uns bemühen, die Sektionen der KPL weiter aufzubauen, neue Mitglieder zu werben, marxistische Bildung in größerem Maße anzubieten, unseren Forderungskatalog in vielen gesellschaftlichen Bereichen zu aktualisieren und zu ergänzen, unsere Propaganda im Rahmen unserer bescheidenen Finanzen zu verstärken, unsere Präsenz im Internet und auf weiteren Plattformen zu verbessern, viele neue Leserinnen und Leser für die »Zeitung vom Lëtzebuerger Vollek« zu gewinnen ... und vieles mehr. All das werden wir nicht hier, sondern in unseren Parteigremien und Sektionen diskutieren und umsetzen.

Das gesagt, möchte ich euch allesamt, im Namen des Zentralkomitees der KPL, wünschen, dass 2025 ein Jahr des Friedens und des sozialen Fortschritts wird, und ihr alle bei guter Gesundheit bleiben werdet.

**Ali Ruckert**

31.01.2025